

10
17

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

**Stadt-
parteiitag**

21. Oktober
Plenarsaal im Rathaus,
Zugang Prager Straße
Beginn: 9:30 Uhr
Eintritt frei

EDITORIAL



von Silvio Lang

Schluss, Aus, Vorbei!

Das war er, der Bundestagswahlkampf 2017. Und das Ergebnis lässt uns mit mehr Fragen als Antworten zurück. Erste Analyseansätze werden ihr in dieser Ausgabe unserer Zeitung finden. Für tiefergehende Schlussfolgerungen müsst ihr uns natürlich noch etwas Zeit lassen.

Festzuhalten ist: Wir haben einen guten Wahlkampf mit zwei sehr guten Kandidat_innen geführt, die ihre Stärken perfekt eingesetzt haben. Das hat sich ausgezahlt. Und viele von euch haben sehr viel geleistet: Plakate gehangen, Flyer und Zeitungen gesteckt, Infostände abgesichert. Vielen Dank dafür! Das gilt nochmal besonders für diejenigen, in deren Händen die organisatorische Verantwortung lag. Der Besetzung der Stadtgeschäftsstelle gilt daher höchste Anerkennung für das Geleistete.

Und dennoch stellt uns das Ergebnis vor eine große Herausforderung: Ab jetzt haben wir vier Jahre Zeit, den Rechtsruck beim Wahlergebnis als Aufgabe anzunehmen und ihn spätestens 2021 zurückzudrehen. Unser Wahlprogramm bietet dafür die richtige Grundlage, denn es hat bewiesen, dass es Menschen überzeugen kann. Weil es die richtigen Inhalte und eine konsequent linke Haltung formuliert. Der Rest des Jahres steht im Zeichen der innerparteilichen Bilanzierung und (Neu-)Aufstellung: uns stehen zwei Stadt- und ein Landesparteiitag ins Haus. Nicht zu vergessen das Jubiläum der Oktoberrevolution von 1917. Auch dazu mehr in dieser Ausgabe.

Zum Schluss das Beste: Zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Zeilen (Dienstag nach der Wahl), sind bereits 33 Menschen in unsere Partei neu eingetreten. Wir heißen euch alle als neue Genoss_innen auf das herzlichste Willkommen! Auf geht's, zusammen in den Kampf für eine bessere Zukunft.

Silvio Lang ist stellv. Vorsitzender von DIE LINKE. Dresden

silvio.lang@dielinke-dresden.de

Bundestagswahl #2017

Erfolg und Niederlage

Es gibt im Leben vermeintliche Erfolge, die sind eigentlich Niederlagen. Manchmal merkt man es erst später, manchmal ahnt man es bereits in der Stunde des Erfolges. Zu diesen Scheinerfolgen zählt die Bundestagswahl 2017 aus der Sicht der LINKEN wohl auch.

Sicher, DIE LINKE hat bei dieser Wahl bundesweit mehr als eine halbe Million Stimmen hinzugewonnen. Im Deutschen Bundestag werden künftig 69 statt 64 Abgeordnete der LINKEN Platz nehmen. Und einer davon wird Sören Pellmann sein, Grundschullehrer und Kommunalpolitiker, der nach einem überaus engagierten Wahlkampf in Leipzig das einzige Direktmandat der LINKEN außerhalb von Berlin und das erste sächsische Bundestagsdirektmandat der LINKEN überhaupt gewann. Dazu Herzlichen Glückwunsch nach Leipzig und die besten Wünsche für die Arbeit im neuen Bundestag.

Und dennoch: Die halbe Million zusätzliche Stimmen sind ein Saldo. Erheblichen Zugewinnen im Westen stehen große Verluste im Osten gegenüber. Der Zuwachs an Mandaten ist im Wesentlichen der Vergrößerung des Bundestages durch Überhang- und Ausgleichsmandate geschuldet. Die Position als drittstärkste Partei wurde verloren, das angestrebte zweistellige Wahlergebnis nicht erreicht.

Aber reden wir von Dresden: Auch hier haben wir gegenüber der letzten Wahl Stimmen gewonnen. Laut vorläufigem Ergebnis ca. 300 – bei knapp 60.000 Stimmen ein Zugewinn von einem halben Prozent. Man könnte von Stabilität sprechen. Aber schon das hieße, sich Sand in die Augen zu streuen.

DIE LINKE hat in der Dresdner Neustadt die Grünen überrundet und ist dort mit Abstand stärkste Partei geworden – ein schöner Erfolg.

Zugleich sind wir in Gorbitz von Platz 1 auf Platz 3 zurückgefallen, noch hinter die geschwächte CDU. Stärkste Partei wurde dort die AfD. Und nicht nur dort, die Neustadt und Gorbitz stehen nur beispielhaft für dramatische Veränderungen in der Wäh-

lerschaft. Dresdenweit liegt die AfD mit ca. 76.000 Stimmen nur knapp hinter der um mehr als ein Drittel geschrumpften CDU, die auf ca. 79.000 Stimmen kommt. Sachsenweit hat die AfD die CDU sogar überholt.

Und damit wären wir bei der größten Niederlage dieser Wahlen, dem Erfolg der AfD. Ich möchte an dieser Stelle nicht den akademischen Streit führen, ob es sich um eine deutschnationale, eine rechtspopulistische oder eine nazistische Partei handelt. Dieser Partei ist es gelungen, gesellschaftlichen Protest zu bündeln und diesen ganz weit rechts zu etablieren.

Danke an alle, die uns unterstützt haben. Für euer Vertrauen, für euer Engagement, für eure Stimmen. Ein harter Wahlkampf liegt hinter uns. Vier schwierige Jahre liegen vor uns.

Gemeinsam mit euch werden wir kämpfen!

Auch wenn die meisten Zugewinne der AfD zweifellos aus der vormaligen Nichtwählerschaft oder von der CDU kommen, ist die AfD auch ein Denkmittel für DIE LINKE. Offensichtlich wurden wir von den meisten Menschen nicht als die bessere Alternative zur Großen Koalition wahrgenommen. Das ist bitter. Das Dresdner Wahlergebnis wird durch DIE LINKE detailliert analysiert und auf einem Stadtparteiitag besprochen werden. Wie können wir es schaffen, zugleich die neugewonnenen Wähler*innen bei der LINKEN zu halten, aber eben auch die verlorenen Wähler*innen zurückzugewinnen. Schlussfolgerung für künftige Wahlen, vor allem aber auch für die politische Arbeit zwischen den Wahlen müssen gezogen werden.

Auswerten werden wir auch unseren Dresdner Wahlkampf, der trotz kleinerer Pannen und notwendiger Improvisationen in einer ersten Rückschau als gelungen eingeschätzt werden kann.

Zu verdanken haben wir das in erster Linie unseren beiden Dresdner Wahlkreisbewerber*innen Katja Kipping und Tilo Kießling, die trotz einer ohnehin sehr hohen beruflichen Belastung einen sehr zeitaufwändigen, engagierten und bürger-nahen Wahlkampf geführt haben.

Als Vorsitzender des Stadtverbandes möchte ich mich aber besonders bei Jacqueline Muth, Silvio Lang und Sebastian Schindler bedanken, die mit unterschiedlichen konkreten Aufgaben, aber einer sehr guten Zusammenarbeit und auch unter Einsatz von viel Kraft und Freizeit den Wahlkampf in Dresden organisiert und koordiniert haben. Jenny Kunkel, Uwe Schaarschmidt und Thomas Feske haben federführend die sehr erfolgreiche Veranstaltung mit Gregor Gysi auf die Beine gestellt – an einem Montag in Dresden.

Die Genannten konnten sich dabei beim Plakatieren, Materialverteilen und bei den Aktionsständen auf tatkräftige Unterstützung aus den Ortsverbänden, aus der Linksjugend 'solid und von weiteren Helferinnen und Helfern verlassen. Andererseits kennen wir jetzt auch unsere Schwächen vor Ort noch besser.

Unter denen, die sich engagiert haben, war auch eine ganze Reihe von Mitgliedern, die sich unserer Partei seit der Bundestagswahl 2013 angeschlossen haben. Aber auch da gibt es Reserven, die wir noch erschließen müssen. Gerade die neuen, überwiegend jungen Mitglieder werden in dieser schwierigen politischen Situation dringend gebraucht. Seit dem Wahlabend sind es in Dresden wieder 33 bis Redaktionsschluss mehr geworden.

Jens Matthis

Unbeantwortete Fragen

Auszug aus dem Wahlbericht von Horst Kahrs, Wahlforscher der Rosa Luxemburg Stiftung

Die Regierungsparteien sind die Verlierer des Wahlabends. Sie verlieren zusammen 13,8%.

Die Union fährt ihr zweitschlechtestes Ergebnis in der Geschichte der Republik ein. Die CDU verliert zweistellig in Sachsen (-15,8%), in Baden-Württemberg (-11,3%), in Sachsen-Anhalt (-10,9%) und in Thüringen (-10%). Die Gründe hierfür sind auf mehreren Ebenen zu suchen: Eine weitere Kanzlerschaft von Angela Merkel galt früh als ausgemacht, der Machterhalt, der viele Unionswähler bei aller Kritik an der Partei zur Wahl motiviert, galt als sicher, warum also nicht andere Parteien im gleichen Lager stärken. Offensichtlich sind für viele Unionswähler die Übergänge nicht nur zur FDP, sondern auch zur AfD fließend. Ein weiterer Aspekt dürfte die diffuse Kernaussage der Union »Für ein Land, in dem wir gut und gerne leben« symbolisieren: Es ist eben auch in konservativen Kreisen nicht mehr klar, was darunter zu verstehen ist bzw. werden doch recht unterschiedliche Vorstellungen vermutet. Auch aufgrund der Schwäche des Konkurrenten gelang der Union keine mobilisierende politische Formierung. Die Union verliert Sachsen an die AfD.

Die CSU verliert in Bayern 10,5% und landet bei nur noch 38,8%, weit entfernt von der magischen, weil absolute Mehrheiten ermöglichenden 50%-Marke. Rechts von der CSU gewinnt die AfD 12,4%. Der CSU ist es nicht gelungen, durch Anschmiegen und Übernehmen die AfD klein zu halten. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums erreicht DIE LINKE im CSU-Land 6,1%.

Die SPD erzielt ihr historisch schlechtestes Ergebnis bei Bundestagswahlen. Sie verliert über 8% in Schleswig-Holstein und den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Die SPD steht vor einem politischen Scherbenhaufen. Nichts machte dies deutlicher als die Ansage bereits gegen 18:06 am Wahlabend, geradeaus in die Opposition zu marschieren, obwohl es auch eine Mehrheit für die Fortsetzung der bisherigen Koalition und damit die Umsetzung sozialdemokratischer Politik gäbe. Sicher, es wäre eine Koalition der Verlierer. Gleichzeitig aber unterstreicht der erklärte Verzicht ohne Auslotung der Möglichkeiten, dass es der Partei an strategischer Orientierung und gesellschaftspolitischen Alternativen mangelt, für die es zu kämpfen lohnte. Der Kanzlerkandidat konnte seine Stärken, die er als »Mann aus Europa« mitbrachte, nicht einsetzen, wurde im Gegenteil auf die Rolle eines ehemaligen Bürgermeisters von Würselen reduziert. Die SPD erscheint vor Implosion nach dem Muster anderer sozialdemokratischer Parteien in Europa nicht gefeit.

Die FDP kehrt in den Deutschen Bundestag zurück. Dieser Erfolg ist so eng mit der Person von Christian Lindner verbunden, dass bis auf weiteres völlig unklar bleibt, wofür die Partei steht und worin sie sich von der Spekulationsblase der Westerwelle-FDP unterscheiden wird. Ihr Erfolg verdankt sich vor allem dem Bedürfnis vieler ehemaliger CDU-Wähler, eine Alternative zur AfD wählen zu können.



Schon 2013 absehbar: Der Einzug der AfD vier Jahre später.

Foto: wikipedia

Die AfD gehört zu den eindeutigen Siegern des Wahlabends. Sie verfehlt ihr Wahlziel von 15% nur relativ knapp. In Sachsen wurde sie stärkste Partei und erreichte drei Direktmandate, in den anderen ostdeutschen Flächenländern reichte es für Platz 2 hinter der Union. Die ostdeutsche Farbenlehre hat sich komplett gewandelt. Mit der AfD zieht erstmals eine Partei rechts von der Union in den Bundestag ein. Es ist völlig unklar, welche Rolle die völkisch-nationalistischen, offen geschichtsrevisionistischen Kräfte spielen werden, die auf einen Umsturz der Grundregeln des demokratischen Zusammenlebens zielen und womöglich über eine Mehrheit in der Fraktion verfügen. Der Einzug der Partei stellt eine gewaltige Zäsur im parlamentarischen Politikbetrieb dar, deren Auswirkungen auf vielen Ebenen, der Parlamentsarbeit, der provokativen Inszenierungen, der medialen Aufmerksamkeitsökonomie, der politischen Debattenkultur sichtbar werden. Der Erfolg der AfD war nicht überraschend nach den Erfolgen mit bundespolitischen Themen bei den vorausgegangenen Landtagswahlen. Er bestätigt, dass jene Wahlergebnisse keine einmaligen Protestergebnisse waren. Die gesellschaftspolitische Konfliktlinie, die die AfD ab 2015/2016 verstärkt verfolgt, verschafft ihr bislang ein Alleinstellungsmerkmal. Die Konfrontation in der Debatte um die Zukunft des Landes wird von den anderen Parteien angenommen werden müssen. Wo dies nicht geschieht wie etwa von der CDU in Sachsen, gewinnt die AfD erst recht. Im Osten ist sie mit 21,2% zur zweitstärksten Partei nach der Union geworden, deutlich vor DIE LINKE und der SPD.

Die Grünen gehen stabil aus der Wahl hervor. Sie erreichen mehr als die Umfragen ihnen zuvor zurechneten, die offensichtliche Orientierung ihres Spitzenkandidaten auf eine schwarzgrüne Koalition hat ihnen in der Summe nicht geschadet, eher im Gegenteil. Sie sind die Partei eines neuen Bildungsbürgertums, wirken entsprechend polarisierend in gesellschaftlichen Debatten und bilden in vielfacher Hinsicht, vor allem hinsichtlich der soziopolitischen Milieus, den Gegenpol zur AfD. Eine Koalition mit den Grünen wird für die CDU den Graben zu den abgewanderten AfD-Anhängern jedenfalls nicht verkleinern.

DIE LINKE bleibt ebenfalls stabil, erreicht absolut mehr Zweitstimmen als 2013 und erzielt das zweitbeste Ergebnis der Parteigeschichte. Allerdings wird sie nicht zweistellig und auch nicht stärker als die AfD. In ihrer Wählerschaft gibt es erhebliche Veränderungen. Der Rückhalt im Osten geht deutlich zurück, auf 17,1%. Im Westen wächst die Partei auf 7,2% der gültigen Stimmen. Es gibt im Westen nennenswerte Gewinne von der SPD, die nach den vorherigen Landtagswahlen so nicht zu erwarten waren. Das verschiebt die Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei weiter in Richtung westliche Landesverbände. Auch der überdurchschnittliche Zuspruch unter jüngeren Wählerinnen und Wählern hält an. Offensichtlich setzt sich für die Partei (nicht nur im Osten) der Trend einer wachsenden Schere zwischen den Ergebnissen in Städten und ländlichen, peripheren Regionen fort. Dazu zählt auch, dass die Partei wieder wie die frühere PDS einen überdurchschnittlichen Stimmenanteil unter Akademikern erreicht. Die Partei befindet sich im Umbruch, dieser führte unterm Strich zu keinem Einbruch, insofern war die Wahlstrategie erfolgreich. Das Ergebnis überrascht sogar insofern positiv, als die Partei frühzeitig aus dem Spiel um die Macht, um künftige Koalitionen ausgeschlossen war. Sie verliert die Position der stärksten Oppositionspartei und wird es schwerer haben, sich gegenüber den

größeren Oppositionsparteien mediales Gehör zu verschaffen. Auch kann ein stabiles Ergebnis für eine Partei, die auf fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen setzt, nicht befriedigen, zumal auch die einzig mögliche Mehrheitsoption in weitere Ferne gerückt ist. Unter den veränderten politischen Bedingungen wird es darauf ankommen, die vorhandenen strategischen und gesellschaftspolitischen Blockaden zu überwinden, um größere politische Handlungsoptionen zu erlangen.

Die Wahlbeteiligung ist erneut und deutlich gestiegen, was ein gestiegenes politisches Interesse der Bürgerinnen und Bürger spiegelt. Der Anstieg verdankt sich nicht allein zuvor nichtwählenden AfD-Wählern. Ob mit der gestiegenen Wahlbeteiligung sich die soziale Schere in der Beteiligung wieder etwas geschlossen hat, bleibt zu untersuchen. In Nordrhein-Westfalen war zuletzt das Gegenteil der Fall. Die Regierungsbildung wird für Angela Merkel nicht einfach. Die Sozialdemokraten verfolgen die Strategie, die sie bereits in Nordrhein-Westfalen erproben: die FDP und die Grünen in eine Koalition mit der Union zu zwingen. Die CDU wird im Falle einer Jamaika-Koalition die parteiidentitätspolitischen Bedürfnisse von drei kleineren Partnern befriedigen müssen. Nachhaltige Lösungen für die großen gesellschaftlichen Fragen sind da eher nicht zu erwarten.

Für SPD und LINKE als linke Oppositionsparteien zu einer solchen Regierung böte sich die Chance, in der Opposition tatsächlich eine linke gesellschaftspolitische Alternative zu formieren. Es dürfte das auf lange Sicht letzte Zeitfenster für die Erneuerung sozialdemokratischer und linksreformistischer Politik sein.

Erste Deutungen und Bewertungen

1. Im Deutschen Bundestag sind erstmals sieben Parteien vertreten. Neben einer großen und einer mittleren Partei finden sich fünf »kleine« Parteien. Sichtbarkeit und parteipolitische Unterscheidbarkeit werden mit Blick auf die mediale Öffentlichkeit wie mit Blick auf die eigenen Anhänger zu einem weitaus größeren Problem als bisher. Das gilt auch für die Koalitionsbildung mit drei oder gar vier Parteien. Parteipolitische Identitätspolitik, das Agieren zum »Wohl der Partei« dürfte erheblich an Gewicht gewinnen. Der mit jeder Parlamentswahl verbundene Auftrag an die im Parlament vertretenen Parteien, mit dem Wahlergebnis am Ende eine Regierung zu bilden, könnte unter diesen Umständen weiter an handlungsleitender Bedeutung verlieren.

2. Das Wahlergebnis unterstreicht die in unseren Analysen der Bundestagswahl 2013 bereits herausgestellte Tendenz zur abnehmenden Bedeutung der Parteien, die seitens der Bevölkerung links von der Union verortet werden: SPD, Grüne und DIE LINKE. Die nur zufällig 2013 nochmals zustande gekommene rechnerische parlamentarische Mehrheit der rot-rot-grünen Parteien wurde ebenso wenig genutzt wie



„Wir müssen lernen, uns an gar niemandem abzuarbeiten. Wir müssen lernen, unsere eigenen Positionen stärker in den Vordergrund zu rücken und für die zu werben. Wir haben ja auch ein richtig gutes Programm gemacht.“

Bernd Riexinger

die gemeinsame Oppositionszeit unter der CDU/CSU/FDP-Regierung 2009-2013, um eine gesellschaftspolitische Alternative zum Kurs der Merkel-Regierungen aufzubauen. Dafür braucht es mehr als ein paar Gesprächsrunden und den Abgleich von Schnittmengen in den Wahlprogrammen. Ohne ein paar grundlegende gemeinsame Vorstellungen, wohin und in welchen gesellschaftspolitischen Leitplanken die bundesdeutsche Gesellschaft gesteuert werden soll in einer komplexen Weltlage und warum und wie die Zukunft besser werden kann als die Gegenwart und Vergangenheit, wird es nicht gehen. Ohne dem wird nicht zuletzt den zu erwartenden Gegenmobilisierungen nicht erfolgreich widerstanden werden können. Wer progressive Politik in diesem Land will, wird auf einen Neuanfang der und in den Parteien setzen müssen. Eine linke Opposition aus DIE LINKE und SPD wäre wohl eine letzte Chance, alternative Gestaltungsperspektiven auf dem Boden des bestehenden Parteiensystems zu entwickeln: wohin sollten sich das Land und seine Rolle in der Welt entwickeln.

3. Mit dem Thema »soziale Gerechtigkeit«, wie wir es aus der Vergangenheit kannten, ließ sich die Wahl nicht gewinnen. In der Interpretation des Schulz-Hypes kam eine naheliegende Variante nicht vor: Wenn Martin Schulz in der Bevölkerung – und nicht nur in linken oder sozialdemokratischen Parteikreisen – für irgendetwas bekannt war, dann für sein Eintreten für europäische Zusammenarbeit, gute Nachbarschaft und demokratische Weiterentwicklung der EU. Thomas Falkner schreibt:

»Nach den Brexit- und der Trump-Erfahrung sowie angesichts der Sorgen um die Wahlergebnisse in den Niederlanden und Frankreich suchten damals viele Wählerinnen und Wähler links der Mitte nach einer starken Figur, die für Deutschland diesen Trends würde Paroli bieten können. Sie erwogen zeitweise sogar, deswegen Angela Merkel zu wählen. Dann kam Schulz – und es schien die Erlösung zu sein.«

Wie nun, wenn die Stimmungswelle gerade durch Erwartungen an die deutsche europäische Politik in Zeiten von Trump, Putin, Erdogan, Le Pen getragen wurde? Und in sich zusammenbrach, als er diese Stärke im Wahlkampf sorgsam versteckte? Der Schulz-Hype – die schnell enttäuschte Hoffnung, dass da einer käme mit einer Idee, wie den gewaltigen Veränderungen, die die Bürger und Bürgerinnen um sich herum wahrnehmen, europäisch und nicht im Rückzug auf die alten Nationalstaaten zu begegnet, Kontrolle (wieder-)gewonnen werden könnte? (Vgl. die Umfragen zu »Weltoffenes Land oder nationale Grenzen«) Jedenfalls spielten Probleme, die die Bürgerinnen und Bürger bewegen, die Zukunft Europas, die Rolle Deutschlands gegenüber den globalen Problemen, die Bekämpfung von Fluchtursachen jenseits moralisch zwielichtiger Abkommen mit anderen Staaten eine sehr untergeordnete Rolle, das gleiche Bild, wenn man nach der weiteren Dynamik und Gestaltung der digitalen Arbeitswelt fragt. Dabei geht es jeweils weniger um fertige Konzepte, sondern um politische und moralische, wertepolitische Leitplanken, innerhalb deren die kommenden Veränderungen gehalten werden sollen, in denen eigenes Handeln stattfindet; Ordnungsvor-

stellungen, die den Unterschied machen, Vorstellungen, wie das von 71% der Befragten am Wahltag abgegebene Votum für ein »weltoffenes Land« umgesetzt werden kann und soll. Also Fragen wie: Wie verschafft man solchen Orientierungen dann Gestaltungskraft, wie gewinnt man überhaupt politische, demokratische Kontrolle zurück? Darüber war wenig Neues zu erfahren.

4. Die »Flüchtlingskrise« 2015/2016 hat am Umgang mit Flüchtlingen in der bundesdeutschen Gesellschaft eine aufgestaute gesellschaftspolitische Richtungsdebatte aufbrechen lassen, die eine Vielzahl von Fragen umfasst und die traditionellen Parteigrenzen durchbricht. Sie lassen sich auch nicht entlang der Grenzziehungen von sozioökono-



2013 profilierte sich die AfD als eurokritische Partei und scheiterte knapp an der 5%-Hürde

mischen Fragen und Problemen einerseits und kulturellen Unterschieden andererseits bearbeiten. Es geht im umfassenden Sinne um »Unsere Zukunft in der Welt« und das Unbehagen, welches der Status quo auslöst. Alle Umfragen, die nach den Zukunftserwartungen fragen, ergeben ein ähnliches Bild: Mehrheitlich wäre erwünscht, dass es so weiter geht wie bisher, aber was erwartet, dass es so nicht kommen bzw. gehen wird.

5. Wo etablierte Parteien dieser politischen Verunsicherung nicht gerecht werden, profitieren derzeit politische Unternehmer-Persönlichkeiten unterschiedlichster politischer Coleur, für die Parteien allenfalls noch Plattformen der eigenen Selbstinszenierung sind. Der vergleichsweise bescheidene Erfolg von Christian Lindner spricht dafür, dass das parteipolitische System in Deutschland (noch) stabiler ist als in vielen europäischen Nachbarländern. Aber neue Tendenzen, die politischen Geschicke Persönlichkeiten anzuvertrauen, sind jenseits der Lindner-FDP auch in Deutschland sichtbar, etwas in den Wahlerfolgen von Winfried Kretsch-



Wir werden die Opposition der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit sein und die Auseinandersetzung mit klarer Kante gegen Rassismus und Nationalismus führen.

Katja Kipping

mann und Malu Dreyer, insbesondere Kretschmann eine politische Figur, die nicht im Sinne der üblichen Personalisierung der Partei ein Gesicht gibt.

6. Der Erfolg der AfD resultiert ebenfalls aus der unbeantworteten Verunsicherung über die Gestaltungskraft von demokratischer Politik und den Entfremdungserfahrungen zwischen der Welt der Politik und der eigenen Alltagswelt. Und mehr: Mit dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag ziehen nicht nur, aber eben auch offen völkisch-nationalistisches Gedankengut und seine Protagonisten ins Parlament. Jeder Bürger, jede Bürgerin konnte wissen, dass führende Personen der AfD Positionen vertreten, die einige von allen anderen Parteien getragenen Grund-

regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens außer Kraft setzen wollen. Wer AfD wählte, konnte wissen, was er oder sie tat. Es führt nun kein Weg mehr an der Tatsache vorbei, dass es eine Minderheit in der Bevölkerung gibt, die einen grundlegenden politischen Kurswechsel in Richtung Nationalismus usw. unterstützt. Diese Deutsch-Nationalen und Wertkonservativen hat es zwar immer in der Gesellschaft gegeben, nicht aber als eigenständige politische Formation mit einer eigenen Dynamik.

7. Die AfD selbst hat seit ihrer Gründung mehrfach Schritte der Selbst-Radikalisierung vollzogen. Eine Konstante der bundesdeutschen Vergangenheits-Deutung ist endgültig dementiert. Es galt immer als zentrale Lehre aus dem Untergang der Weimarer Republik, dass ökonomische Krisen und hohe Arbeitslosigkeit die Demokratie gefährden und radikale Parteien nach oben spülen würden. Die AfD gewinnt entgegen diesen Erwartungen in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums, abnehmender Arbeitslosigkeit und weit verbreiteter Zufriedenheit mit der persönlichen und allgemeinen wirtschaftlichen Lage.

8. Der Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag ist keine Überraschung. Er kündigte sich über etliche Landtagswahlen hinweg an, hat auch eher zufällig 2013 noch nicht stattgefunden. Natürlich ist die Frage, ob die Geschichte anders verlaufen wäre, wenn es statt einer Fünf- nur eine Zweiprozenthürde gäbe und die AfD im »Status Lucke« ins Parlament eingezogen wäre, rein spekulativ. Doch zeigt sich, dass die Sperrklausel nicht vor autoritären und antidemokratischen Dynamiken schützt, sie im Gegenteil womöglich gar befördert.

Gescheitert sind im Bundestagswahlkampf auch all jene Strategien, die darauf zielten, dem Thema Flüchtlinge und Integration durch andere (soziale) Themen wie Mieten und Wohnen, Rente die wahlentscheidende Bedeutung zu nehmen.

9. Der Erfolg der AfD lässt sich nur sehr begrenzt sozioökonomisch mit »Verlierern« und »Abgehängten« erklären. Er offenbart vielmehr das Dilemma des kulturellen und sozialen Konservatismus, der keineswegs auf die Union begrenzt ist. Die Dynamik der (transnationalen) kapitalistisch getriebenen Veränderung – manche nennen es »die Märkte«, Marx sprach davon, alles Bestehende würde vom Heißhunger nach Profit »verdampft« – treibt Veränderungen in der Arbeitswelt, in der Lebenswelt, in den sozialstaatlichen Institutionen und fordert entsprechende Anpassungsprozesse. Politisch erscheinen sie zuweilen als Rückschritt hinter einen historisch errungenen Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital, also hinter bestimmte sozialstaatliche Standards, Auffassungen von Solidarität, Leistungsgerechtigkeit usw.; ein anderer mal als kulturelle Modernisierung im Sinne der Auflösung traditionaler, patriarchaler Bindungen an Religion, Rollenverständnisse, Familienbilder. Die SPD hat sich unter Schröder einem solchen – parteipolitisch fehlgeschlagenen – Anpassungsprozess der sozialstaatlichen Institutionen unterzogen. Die Union hörte, zumindest aus diesem Blickwinkel, unter Merkel zwecks Machterhalt auf, konservativ zu sein und begann den zweiten Anpassungsprozess auf der kulturellen und gesellschaftspolitischen Ebene. Vormalig in dieser Partei gebundene Deutsch-Nationale und Wertkonservative, politisch Erfahrene, fühlten sich politisch entheimatet und bildeten zusammen mit ebenso ins politische Abseits gestellten Ordoliberalen eine neue Partei.

10. Entscheidend für den Erfolg der neuen Partei war und ist, dass durch die beiden beschriebenen Anpassungsprozesse im zurückliegenden guten Jahrzehnt Lebensmodelle, Werthaltungen und Mentalitäten, die zuvor zur Normalität der Mehrheits-Mitte zählten und die Basis institutioneller Arrangements und Normen gebildet hatten, in eine Minderheiten-Position gerieten. Beide Anpassungsprozesse behaupteten sich als »alternativlos«, was den Eindruck mangelnden Gestaltungswillens der politischen Parteien vertiefte. Rollenbilder anderer Schichten (Stichwort »Vereinbarkeit«) wurden zu den neuen Leitbildern erklärt. Mit den zuvor historisch gewachsenen Arrangements verbunden sind individuelle und milieugebundene Lebensführungsmodelle und Mentalitäten, die sich nicht geschwind an veränderte Bedingungen anpassen (wollen und/oder mangels Ressourcen können). Statt von »Verlierern« der Modernisierung oder »Abgehängten« würde es besser von »neuen Minderheiten« gesprochen.

11. Beide Dynamiken zusammen: die Verunsicherung, die von einer veränderten Lage in der Welt, der globalen Probleme wie den veränderten Arbeitswelten, ausgeht; und die politische Wut, die von soziokulturellen Entwertungsprozessen und der Beharrlichkeit von Mentalitäten ausgeht; werden von der AfD in einem übersichtlichen Gesellschaftsbild zusammengebunden. Eine Alternative, die für die von der AfD motivierten Schichten anziehend wäre, ist nicht in Sicht, wodurch sich ihre Anziehungskraft weiter erhöhen kann. Im Angebot ist lediglich das Primat der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, des Wachstums und der Arbeitsplätze, als Handlungs- und Gestaltungsprinzip.

Gewählte Bundestagsabgeordnete



Platz 1:
Katja Kipping



Platz 2:
André Hahn



Platz 3:
Caren Lay



Platz 4:
Michael Leutert



Platz 5:
Sabine Zimmermann



Direktmandat
Sören Pellmann

Wir sagen Danke!



Hiermit bedanken wir beide uns ganz herzlich bei allen Mitgliedern und Sympathisanten*innen unserer Partei, ohne deren Einsatz der Wahlkampf in Dresden undenkbar gewesen wäre. Danke fürs Verteilen, fürs Plakate aufhängen, für die Unterstützung an Infoständen, bei Tilos Mikroevents und bei Katjas Rotem Wohnzimmer. Danke für die guten Ratschläge und all die Spenden. Ein besonderes Dankeschön geht an die Ehrenamtlichen des Stadtvorstandes, an Jaqueline Muth, die den Wahlkampf für die Stadtpartei gemanagt hat, an Uwe Schaarschmidt, Ute Bortlik und Franziska Fehst aus

Katjas Wahlkreisbüro und natürlich an die Linksjugend solid, die nicht nur bei der BRN, dem Hechtfest und dem Nachtwahlkampf umwerfend war.

Allen Dresdnerinnen und Dresdner, die uns ihre Stimme gegeben haben, sagen wir Danke. Wir nehmen das als Arbeitsauftrag, weiter für soziale Gerechtigkeit und Frieden zu streiten. Für Euch, mit Euch: Dieses Motto gilt für uns nicht nur vor, sondern auch nach der Wahl. Deshalb findet die nächste Sprechstunde unter freiem Himmel am 10. Oktober von 14 bis 16 Uhr am Pirnaischen Platz statt.

Für sozialen Fortschritt! Rassismus den Boden entziehen!

Seit drei Jahren trägt PEGIDA rassistische Hetze auf die Dresdner Straßen. Doch die Wut dieser Menschen ist durch die neoliberale Politik in Sachsen hausgemacht. Die Vernachlässigung des ländlichen Raumes, die Personal- und Mittelkürzungen im öffentlichen Dienst oder der Totalverkauf der Dresdner WOBA haben das Land ungleicher gemacht und Wut erzeugt. Diese Wut trägt PEGIDA auf die Straße, um sie gegen die Falschen zu wenden. Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und Gruppen, die von anderen Plätzen Dresdens zur Abschlusskundgebung kommen, wollen wir ein starkes Signal dafür setzen, dass wir uns nicht gegen Migrant*innen ausspielen lassen, sondern gemeinsam für die Verbesserung unserer Lebens- und Arbeitsverhältnisse eintreten. Nehmt teil. Bringt Verwandte und Bekannte mit.

Samstag, 28. Oktober 2017

Beginn: 14:30 Uhr, Jorge-Gomondai-Platz

Abschlusskundgebung: ca. 16 Uhr am Pirnaischen Platz

Die Neue kommt – und Ihr seid eingeladen

von Thomas Feske und Sebastian Schindler

Trump macht mobil, die AfD geistert durch die Parlamente, Rassismus grassiert in der Mitte der Gesellschaft und für den Kapitalismus läuft es wie geschmiert, weil sich die Armen gegen die Ärmsten stellen.

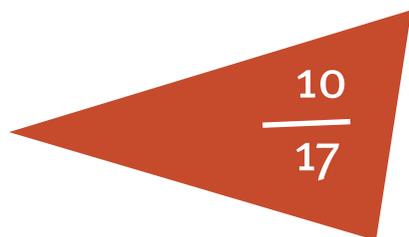
Und DIE LINKE? Sie wächst. Immer mehr Menschen setzen die Hoffnung in uns, dass sich Verhältnisse ändern, dass wir für ein anderes Dresden streiten, dass soziale Verwerfungen eine linke Antwort bekommen, dass mehr Menschen den Kampf mit den Mächtigen aufnehmen und nicht mit denen, die aus Not zu uns kommen.

Also? Treffen wir uns! Neumitglieder und Altgediente, Arbeiterinnen und Akademiker, Pragmatiker und Vi-



sionärinnen – wir laden Euch ein am 23. Oktober, 18 Uhr ins Haus der Begegnung, Großenhainer Straße 93 (Zugang über den Hinterhof).

Lasst uns reden, was trinken und ambitionierte Pläne schmieden!



DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Oktober 2017

„Handeln tut not“

Wir dokumentieren die Rede von unserem Fraktionsvorsitzenden André Schollbach zum Lokalen Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden aus der Stadtratssitzung am 07. September

Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

„Die Sachsen sind immun gegen
Rechtsextremismus.“

Diese fatale Fehleinschätzung stammt von keinem geringen als dem früheren Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf. Sie steht exemplarisch für das weitreichende Versagen von Politik, Behörden und Teilen der Gesellschaft beim Umgang mit der extremen Rechten.

Eine jahrelange Kultur der Gleichgültigkeit, des Wegschauens und Verharmlosens hat den rechten Rand im Freistaat Sachsen erst stark gemacht.

Was sich früher in klammheimlicher Zustimmung einiger weniger erschöpfte, drängt heute selbstbewusst und ohne jede Scham in die Öffentlichkeit.

Dresden ist leider der Ausgangspunkt einer nicht nur unrühmlichen, sondern vor allem auch gefährlichen gesellschaftlichen Entwicklung.

Zuerst werden die Menschen von PEGIDA, AfD und NPD auf den Straßen und Plätzen unserer Stadt mit Worten aufgehetzt. Dann folgen die Taten: Schwere Brandstiftung. Versuchter Mord. Gefährliche Körperverletzung. Bildung krimineller und terroristischer Vereinigungen. Um nur die schwersten Delikte zu nennen. Stellvertretend für diese Taten stehen Städte, die sich alle im Umkreis von Dresden finden: Freital. Heidenau. Meißen. Bautzen.

Dass sich Dresden im Zentrum dieser brisanten Situation befindet, ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer längeren Entwicklung, die - nicht nur aber auch - durch zum Teil gravierende politische Fehlentscheidungen und Unterlassungen begünstigt wurde.

So fand in Dresden im Februar 2000 erstmals ein sogenannter „Trauermarsch“ eines zunächst kleinen und unbedeutenden Häufleins Ewiggestriger statt.

Ein Häuflein, dass sich innerhalb weniger Jahre zum größten Naziaufmarsch Europas auswachsen konnte. Im Jahr 2010 reihte sich übrigens auch



Foto: Max Kretzschmar

LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach wendet sich direkt an die CDU-Fraktion und erinnert sie an ihre Verantwortung für Dresden

der heutige Fraktionsvorsitzende der AfD in Thüringen, Björn Höcke, ein.

Auch Beate Zschäpe ist durch Dresden marschiert und erhielt hier Impulse und Zuspruch für ihre Nazi-Ideologie. Später verübte die Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ 10 Morde und 15 Raubüberfälle.

In Sachsen werden an jedem einzelnen Tag mehr als fünf rechtsextremistisch motivierte Straftaten begangen.

Doch statt den Umtrieben alter und neuer Nazis entschlossen entgegenzutreten, wurden antifaschistischer Protest und zivilgesellschaftliches Engagement jahrelang immer wieder behindert und diskreditiert. Auch in Dresden.

So fand im Februar 2009 - getragen von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis - unter dem Motto „Geh Denken“ eine große Kundgebung auf dem Theaterplatz statt. Franz Müntefering,

Wolfgang Thierse, Gregor Gysi, Katja Kipping, Claudia Roth und der damalige Bundesvorsitzende des DGB, Michael Sommer, nahmen daran teil.

Es war eine gelungene, friedliche und bunte Kundgebung mit tausenden Menschen. Ein starkes, ein ermutigendes Signal gegen Rechts. Und was machte die CDU? Sie blieb nicht nur fern, sondern diffamierte das Ganze als Veranstaltung „linker Chaoten“.

Am 13. Februar 2011 sollte dann der „Mahngang Täterspuren“ durchgeführt werden, um an verschiedenen Orten für die NS-Geschichte Dresdens zu sensibilisieren. Die Versammlungsbehörde dieses Rathauses brachte es fertig, den „Mahngang“ derart mit Auflagen zu überziehen, dass er praktisch nicht mehr durchgeführt werden konnte.

Es gab da keinerlei Unrechtseinsicht. Das Verwaltungsgericht Dresden hat dann mit Urteil vom 18. Sep-

tember 2013 die Rechtswidrigkeit festgestellt. Soviel zum rechtstreuen Wirken der Versammlungsbehörde.

Es gäbe noch eine ganze Menge mehr zu sagen, zur gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation und zu den Ursachen des Erstarkens der extremen Rechten. Doch Handeln tut not. Und deshalb werden wir heute das „Lokale Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden“ beschließen.

Dass die CDU dieses Programm nicht mittragen will, spricht für sich und fügt sich nahtlos in deren gesamtes Verhalten während der vergangenen Jahre ein.

Sie sind hier die größte Fraktion und Sie werden der damit verbundenen Verantwortung nicht im Ansatz gerecht.

Aus der Stadtratssitzung am 07. September 2017

Mit einem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates:

www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

September 2017

DRUCKSACHE

#8

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/205 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de

Demokratie wagen

Ein Tiefpunkt in der heutigen Sitzung war die Diskussion um die Fortschreibung des Lokalen Handlungsprogramms für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden. Wurde die erste Auflage des Programms 2010 noch im breiten Konsens getroffen, fanden CDU und FDP heute vielerlei Gründe, das Programm abzulehnen. Vom Verschweigen des gefährlichen Linksextremismus war die Rede, von Umerziehung, vom Kampf gegen die Bevölkerung. Die RednerInnen von CDU, FDP und AfD bestätigten damit die Dringlichkeit des Programms.

Unser Fraktionsvorsitzender **André Schollbach** in seiner Rede: *"Die Sachsen sind immun gegen Rechtsextremismus." Diese fatale Fehleinschätzung stammt von keinem geringeren als dem früheren Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf. Sie steht exemplarisch für das weitreichende Versagen von Politik, Behörden und Teilen der Gesellschaft beim Umgang mit der extremen Rechten. Eine jahrelange Kultur der Gleichgültigkeit, des Wegschauens und Verharmlosens hat den rechten Rand im Freistaat Sachsen erst stark gemacht. Handeln tut Not. Dass die CDU dieses Programm nicht mittragen will, spricht für sich und fügt sich nahtlos in deren gesamtes Verhalten während der vergangenen Jahre ein.*

Nägel mit Köpfen: Sozialer Wohnungsbau

Der Stadtrat hat heute die Richtlinie zur sozialen Mietwohnungsbauförderung verabschiedet, also die Regelung, wie ein vom Bund zur Verfügung gestellter Finanztopf für Sozialwohnungen genutzt werden soll. Diese Vorlage wurde vor neun Monaten in die Beratung gegeben. Die Zeit drängt. Dass die Richtlinie heute auf der Tagesordnung stand, war einem Eilantrag der LINKEN zu

verdanken. Die rechte Seite des Stadtrates verweigerte sich der Behandlung. Denn: Wenn schon eine Mietwohnungsbauförderung, dann solle die auf private Investoren zugeschnitten sein. Rot-Grün-Rot beschloss die Richtlinie – als Programm, das auf die Bedürfnisse der Mieterinnen und Mieter zugeschnitten ist. Damit kann das Geld zum Bau bezahlbaren Wohnraums fließen.

Nach Diesel-Gate: 250 Fernbusse in der Stadt?

Ein Antrag von SPD und GRÜNEN, einen Fernbusbahnhof nebst Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof zu bauen, wurde heute debattiert. Dazu Piraten-Stadtrat, Mitglied der LINKEN-Fraktion, **Dr. Martin Schulte-Wissermann**: *"Alle reden gerade von Dieselgate und Luftreinhaltung. Auch Dresden drohen jetzt sogar Klagen wegen der schlechten Luft. In einer solchen Situation mehr Busverkehr, das heißt mehr Abgase*

und Lärm in die Innenstadt zu ziehen ist, gelinde gesagt, kontraproduktiv. Den Antragspunkten zum Bau eines Fahrradparkhauses und die Maßnahmen zur besseren Vernetzung von Radverkehr und ÖPNV stimmen wir natürlich zu – einen Busbahnhof in der Innenstadt lehnen wir aber ab." Die Standortpräferenz für den Hauptbahnhof wurde gegen die Stimmen der LINKEN und der FDP beschlossen.

Diskussion zum Fernbusbahnhof

Mitten im Diesel-Gate

von Pia Barkow

Nachdem wir die Frage zum neuen Standort eines Busbahnhofs mehrfach in der Fraktion diskutierten, haben wir uns in der vergangenen Stadtratssitzung gegen Einrichtung eines Busbahnhofs am Hauptbahnhof ausgesprochen.

Der jetzige Fernbus halt an der Bayerischen Straße am Hauptbahnhof kann dort nicht mehr lange bestehen, das steht außer Frage. Eine richtige Station mit Wartehäuschen, Toiletten und Ticketschalter gibt es nicht. Leute warten auf ihrem Koffer sitzend; wenn Busse ankommen, bilden sich große Menschentrauben vor dem Einstieg, die den Bürgersteig blockieren und Autos fahren oftmals nur knapp an der Gepäckaushänge vorbei. Es halten mittlerweile zu viele Busse dort, um diese provisorische Lösung weiterhin zu behalten. Dass also ein richtiger Fernbus halt irgendwo entstehen muss, ist richtig. Aber, da der neue Halt für Jahrzehnte bestehen soll, muss die Entscheidung wohl überlegt sein.

Leitend waren dabei die Fragen, wie die Situation für die Busreisenden verbessert werden kann, welche bereits vorhandene Infrastruktur sinnvoll zu nutzen ist, sowie die Anforderung, all jene, die nicht mit dem Bus fahren, zu be-



Grafik: Max Kretschmar

rücksichtigen und unnötige Busfahrten in das Stadtzentrum zu vermeiden.

Da die Fernbusreisenden laut Umfragen überwiegend mit Bus und Bahn zur Station fahren, wünschen sie sich eine gute Anbindung. Darin ist der Hauptbahnhof als Standort natürlich unschlagbar. Jedoch geben die Fernbusfahrergäste in Umfragen an, dass sie unter „guter Anbindung“ eine Erreichbarkeit innerhalb von 30 Minuten mit dem ÖPNV meinen – eine Fernbusstation deutlich näher an der Autobahn, wäre also an vielen Stellen möglich, ohne dass die Fahrgäste

die Erreichbarkeit als zu schlecht einschätzen würden – z.B. am Flughafen.

In Gesprächen mit Busunternehmen wurde uns als Zielgröße mitgeteilt, der neue Fernbusbahnhof solle eine Steigerung der Fernbusabfahrten auf täglich 280 Fahrten bringen. Wenn täglich 280 Busse in das Stadtzentrum rein – und anschließen auch wieder rausfahren, bedeutet das für die Zufahrtstraßen, alle 1,5 Minuten passiert ein Fernbus. Diese Größe ist nicht nur für die Bewohnerinnen und Bewohner der Strecke sehr unangenehm, es

wird auch zu vermehrtem Stau und Lärmbelastungen auf den Strecken kommen. Sinnvoller wäre es demnach, die Bushaltestelle näher an die Autobahn zu verlegen, um die Busfahrten durch das Stadtgebiet zu verringern.

Der Wunsch einen großen Mobilitätsknotenpunkt zu errichten, wo die Fahrgäste vom Fernbus in die Bahn umsteigen ist verständlich, aber realitätsfern.

Sämtliche wissenschaftlichen Studien ergeben, dass die Menschen entweder mit dem Fernbus reisen oder mit der Deutschen Bahn. Umstiege von dem einen auf das andere Verkehrsmittel finden faktisch nicht statt.

Daher ist die Nähe beider Stationen auch nicht erforderlich.

Nicht zuletzt befinden wir uns gerade mitten in der Diesel-Debatte, deren Ausgang noch völlig offen ist. Ob wir künftig strengere Regeln zu Abgasgrenzen oder Luftreinhalteverordnungen erwarten können, Fahrverbote auch in Dresden eine Rolle spielen könnten ist derzeit noch völlig unklar. In der jetzigen Situation eine Entscheidung zu treffen, die bewirkt, dass täglich 280 Dieselsebusse mitten in das Stadtzentrum fahren ist schlichtweg töricht. Es wäre zumindest notwendig gewesen, abzuwarten bis die Frage: Wie geht's weiter mit Dieselausgasen in Städten? geklärt ist. Daher haben wir uns als Fraktion dagegen ausgesprochen, den neuen Fernbusbahnhof am Hauptbahnhof zu errichten.

Der neue Schulnetzplan von Bildungsbürgermeister Vorjohann wird kritisiert

(K)ein Gym für Gorbitz?

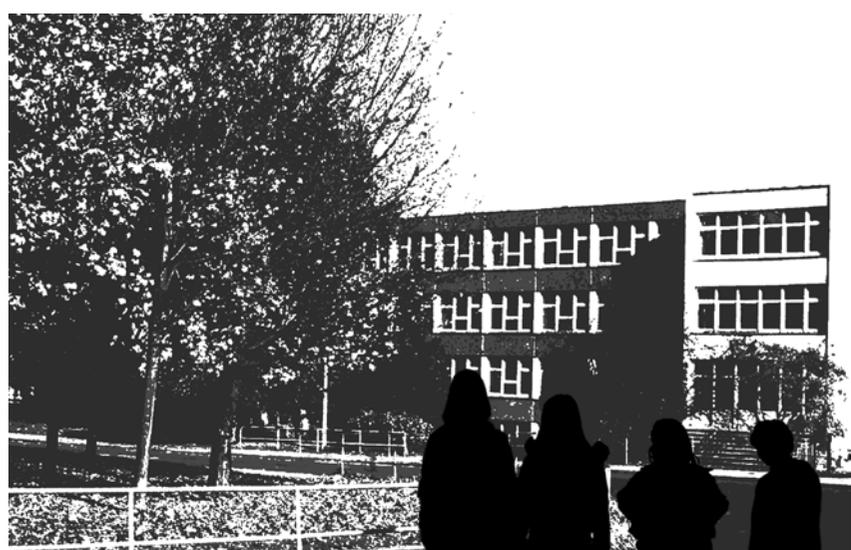
von Anja Apel

Lange haben wir darauf gewartet und wurden fast ein halbes Jahr vertröstet. Im Vergleich zu dem Referentenentwurf, welcher zu großen Teilen von uns mitgetragen wurde, liegt jetzt ein Schulnetzplan vor, den wir in vielen Teilen sehr kritisch sehen.

Wenn ich WIR sage, meine ich nicht nur die Fraktion DIE LINKE, sondern die BildungspolitikerInnen der Kooperation von Rot-Grün-Rot, die auf diesem Gebiet sehr gut zusammenarbeiten. Wir sind weder VerwalterInnen noch SchulplatzzählerInnen, sondern verstehen uns tatsächlich als Bildungspolitikerinnen. Deshalb sind wir nicht bereit, die Bildungsberichte zu ignorieren, welche ganz klar Prohlis und Gorbitz als abgehängte Ortsteile sehen. Deswegen kämpfen wir, hoffentlich mit Unterstützung der Ortsbeiräte, um ein Gymnasium oder wenigstens ein Berufsgymnasium in Gorbitz und Prohlis. Weder das Eine, noch das Andere sieht der Schulnetzplan vor.

Auch die Grundschulplanung sehen wir kritisch. Ja, auch wir sind der Meinung, dass wir mehr Grundschulplätze brau-

chen, allerdings nicht durch fünfzügige Grundschulen. Wir können auch nicht einer Verlagerung verschiedener Förderschulen zustimmen, um die Plätze an deren benachbarten Grundschulen zu erweitern. So wollen wir die Robinsonschule in der Nachbarschaft der 14. Grundschule belassen und dafür die Grundschule Cämmerswalder Straße (OA Plauen) wiedereröffnen. Auch die ursprünglich geplante 146. Grundschule an der Leisniger Straße halten wir weiter für notwendig, der neue Entwurf sieht dies nicht so. Die Grundschulplätze in Weixdorf und in Schönfeld-Weißig werden in den nächsten Jahren nicht ausreichend sein. Auch dafür müssen Lösungen gefunden werden. Einige Schulen sollen neu errichtet werden, so zum Beispiel auf der Cockerwiese, der Bodenbacher Straße und auf dem Gelände der Operette. Dafür werden aber alte Standorte, wie die Boxberger Straße oder die Ginsterstraße ganz aus der Planung rausgenommen. Das ist nicht nachvollziehbar, denn für die Boxberger Straße wurden die finanziellen Mittel für die Sanierung schon durch Rot-Grün-Rot bereitgestellt. Mit den Oberschulstandorten, den drei Neugründungen an der Ecke Stauffenbergallee, Königsbrücker Straße, der Freiburger Straße (alter Kohlenbahnhof) und auf dem Schilfweg



Hinweise an anja.apel@dielinke-dresden.de

Grafik: Max Kretschmar

(ehemalige Volkshochschule), sind wir einverstanden. Wichtig ist auch, dass die Universitätsschule, eine Grundschule und Oberschule, eine Entwicklungsperspektive bekommt, wünschenswert am Standort Pfotenhauer Straße. Der Schulnetzplan wird weiter in allen Ortschaften und Ortsbeiräten diskutiert und wir sind gespannt, was für Hinweise wir noch bekommen. Oft wissen die Beiräte besser, welche Wohngebiete gebaut wer-

den, wo ein Generationswechsel stattfindet oder eben mehr Familien hinziehen. Vieles wird in den Prognosezahlen nicht berücksichtigt. Das Land fordert die Planung bis zum 31.12.2018 vorzulegen, lasst euch also auch in den Sitzungen in den Ortschaften und Ortsamtsbereichen nicht hetzen, verlangt genaue Zahlen, ladet die SchulleiterInnen ein oder auch Elternvertreter. Lasst uns gemeinsam an einem besseren Schulnetzplan arbeiten.

STADTTEIL JOHANNSTADT

Quartiersbeirat beschließt sechs neue Verfügungsfondsprojekte

Der Quartiersbeirat beschloss die Förderung der folgenden nichtinvestiven Projekte aus dem Verfügungsfonds Nördliche Johannstadt: Kulturdolmetscher/innen an Hort und Kita, Fest des Friedens 2017 im Johannstädter Kulturreff, Interkultureller Wanderausflug des Netzwerks Willkommen in Johannstadt, Ländernachmittage vom Café Halva, Hausfest Gerokstraße 27. Als investives Förderprojekt wurde zudem die Anschaffung von Instrumenten und Tontechnik für einen kreativen Musikunterricht an der 102. Grundschule „Johanna“ beschlossen.

Stadtteilverein Johannstadt e.V. im August gegründet

Zu den 20 Gründungsmitgliedern zählen vier Institutionen aus den Bereichen Kultur, Bildung, Soziales und Kreativwirtschaft sowie 16 BewohnerInnen des Stadtteils. Die Eintragung im Vereinsregister erfolgte und der Projektantrag „Nachhaltige Johannstadt 2025“ wurde beim Bundesumweltministerium eingereicht.

Die Dresdner Büchermesse am neuen Ort

Dresden (er)lesen

von Cornelia Eichner

Kulturbürgermeisterin Annekatrin Klepsch eröffnete Mitte September erstmals die Literaturnesse „Dresden (er)lesen“ im Schloss Albrechtsberg. Sie bestätigte damit die Bedeutung der Literatur in der Dresdner Kulturlandschaft und verwies in ihrer Rede auf Projekte rund ums Lesen und Schreiben sowie die Städtischen Bibliotheken, das Literaturfestival, den Buchsommer oder die Kästner-Rallye.

Nach fünf Jahren „schriftgut“ im Messegelände war es die genau richtige Entscheidung, nun auf Schloss Albrechtsberg, welches zur Messe GmbH gehört, die evaluierte Literaturnesse „Dresden (er)lesen“ durchzuführen. Gekoppelt wurde diese Veranstaltung sinnvollerweise mit dem Tag des offenen Denkmals. Organisiert wurde „Dresden (er)lesen“ durch Verlegerin Katharina Salomo von Salomo-Publishing. 35 Ausstellende präsentierten Angebote aus den Sparten Lyrik, Kurzgeschichte, Kin-



Foto: wikipedia

derbuch, Krimi, Biografie, Roman, sie zeigten Bildbände, Wanderführer oder Fachliteratur und führen Lesungen und Diskussionen durch. Es war ein Event der Begegnung, der Vernetzung, der Kooperation auf dem Gebiet der Literatur. Die Messe Dresden selbst ist mehr als ein Ort von Produktpräsentationen, sie ist auch ein Ort der Kultur ein Wirtschaftsfaktor. Ihre Logistik macht es möglich, große Events in Dresden zu organisieren und damit den Blick der Öffentlichkeit auf unsere Stadt zu lenken - und auch zu prägen. Wenn Geschäftsführer Ulrich Finger die Veranstaltung der Literaturnesse unterstützt, macht er genau

dies - und zwar mit sehr viel Engagement und Feingefühl: Dresden als Stadt der Literatur, der Kultur zu präsentieren.

Dresden hadert zur Zeit mächtig mit seinem Ruf als Kulturstadt. Die starken Bestrebungen des größten Teils der Stadtgesellschaft, in Politik, Kultur und Wirtschaft werden immer wieder konterkariert durch Aktionen der Kulturlosigkeit. Konfuzius sagte einst: „Es ist besser, ein Licht zu entzünden, als auf die Dunkelheit zu schimpfen.“ Wir brauchen diese Lichter, dringend und vielfach. Daher: Danke, Katharina Salomo; Danke, Ulrich Finger; Danke allen Beteiligten!

Drei Tage in Marseille

Wagen und mutig sein

von Anja Apel

2013 waren die Städte Marseille (für Frankreich) und Košice (Slowenien) die Kulturhauptstädte Europas – Dresden will es 2025 werden. Aus diesem Grund besuchte eine Abordnung von Stadträten der CDU, Grünen, SPD, FDP und den Linken Marseille gemeinsam mit der Kulturbürgermeisterin Annekatrin Klepsch und Stefan Hoffmann, dem Leiter des Kulturhauptstadtbüros. Wir wollten uns beraten lassen und uns vor Ort Projekte anschauen, welche über das Kulturhauptstadtjahr hinaus wirksam geblieben sind.

Vor Ort stand uns der amtierende Vorsitzende der Jury zur Auswahl künftiger europäischer Kulturhauptstädte, Dr. Ulrich Fuchs beratend zur Seite. Dieser wird allerdings seine Amtszeit schon beendet haben, wenn es um die Entscheidung für 2025 geht.

In mehreren Gesprächsrunden tauschten wir uns mit Herrn Fuchs aus und haben zu vielen Fragen interessante Antworten bekommen. Darüber hinaus gab er uns noch Hinweise, was eine Stadt braucht, um Kulturhauptstadt werden zu können. Er erläuterte uns, worauf die Jury bei der Auswahl in der ersten Runde achtet und wie das Auswahlverfahren abläuft.

2019 werden in der ersten Runde aus den zehn deutschen Bewerberstädten zwei bis drei empfohlen, welche in die zweite Bewerbungsrunde. Acht Monate haben die ausgewählten Städte danach Zeit, die Bewerbung weiter zu bearbeiten und ein konkretes Programm zu entwickeln.

In den zahlreichen Gesprächen haben sich auch die die Kernfragen heraus-



LINKE-Stadträtin Anja Apel und SPD Stadträtin Dana Frohwieser

Foto: privat

kristallisiert, welche für die Bewerbung von Bedeutung sind: Was kann Dresden von Europa lernen? Was kann Europa von Dresden lernen?

Herr Dr. Ulrich Fuchs sagt dazu: „Es muss sich etwas Neues ausgedacht werden: Träumen und Phantasieren, Wagen und Mutig sein, über das hinausgehen, was schon da ist. Es ist egal, was es schon gibt!!! Es muss deutlich werden, dass die Bewerbung gewollt ist von der Politik und der Bevölkerung. Es darf für die Bewerbung nicht nur die Kulturpolitik verantwortlich sein, Kultur muss in allen Politikbereichen ihren Platz haben.“

Der Zugang zu Kunst und Kultur soll erweitert werden, möglichst viel soll im öffentlichen Raum und umsonst stattfinden.“

Die Dimension, die wir in Marseille kennen lernen durften, war und ist eine ganz andere, als in anderen Kulturhauptstädten. Die Bewerbung als Kulturhauptstadt war eingebettet in den aktiven Entwicklungsplan „Euromediterranée“, welcher mit einer langfristigen Planung über 20 Jahre einen Stadtbau im Umfang von 3,5 Milliarden Euro forcierte. Finanziert wird das Projekt zum Großteil vom Staat.

Der Entwicklungsplan erhielt durch die Kulturhauptstadtbewerbung noch einmal sehr viele neue Impulse. Bessa Marseille vorher kaum Ausstellungen, besitzt die Stadt mittlerweile eine reiche Museumslandschaft. 680 Millionen Euro wurden in die kulturelle Infrastruktur gesteckt. Da dieses Programm zu einer enormen Ent-

wicklung der Stadt beigetragen hat, wurde es noch einmal um 20 Jahre verlängert und die Summe verdoppelt auf nun insgesamt 7 Milliarden Euro.

Auf den Führungen durch die Stadt wurden uns nachhaltige Projekte vorgestellt. Beeindruckend fand ich den konsequenten Umbau und Rückbau von Straßen. So wurde eine sechsspürige Straße entlang des Hafens unter die Erde verlegt, um Platz für Fußgängerzonen und Plätze zu machen. Auf diesen erlebten wir abends junge Künstlerinnen und Künstler, umringt von ganz vielen Menschen, darunter vor allem Einheimische. Wir besuchten ein Kulturzentrum, ein 2013 eröffnetes altes Fabrikgelände, welches heute 70 Künstlergruppen beherbergt und viele Möglichkeiten zur kostenfreien Freizeitgestaltung bietet, wie Fußballspiel, Skaterplatz, Spielplatz, freie Probenräume, Gärtnern u.v.a. Mit vielen Ideen bin ich zurückgekommen. In den nächsten anderthalb Jahren, möchte ich meinen Beitrag leisten zur Bewerbung, in dem ich an diesem Thema dranbleibe und erste Anträge entwickle. Einen Besuch von Marseille kann ich jedem empfehlen.

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Cornelia Eichner, Pia Barkow, Anja Apel
André Schollbach
Fotos: pixelio.de, privat
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei

100 Jahre Oktoberrevolution – Last und Chancen für Linke

Schauburg
07. November
Fritz Lang Saal
Beginn: 18:30 Uhr
Eintritt frei

von Dr. Volker Külöw

Am 7. November jährt sich zum 100. Mal der Jahrestag der russischen Oktoberrevolution. Bewundert und zum Modell erklärt von den einen, kritisierten und bekämpften andere die Doppelrevolution von 1917 - der Sturz des Zaren im Februar darf nicht vergessen werden - und ihre Folgen als die vermeintliche Wurzel allen Übels im 20. Jahrhundert. Auch für die deutsche Linke und die gleichnamige Partei bildet das Jubiläum den Anlass, an die historischen Ursachen und weltgeschichtliche Bedeutung, an die mit der Revolution verbundenen Hoffnungen auf Frieden, soziale Befreiung und soziale Selbstbestimmung der Massen, aber auch deren Enttäuschungen zu erinnern. Mit dem roten Herbst 1917, so liest man in der Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE vom 11. Juli 2017, verbanden sich große historische Chancen und Leistungen, aber auch tiefe Widersprüche und Irrwege bis hin zum Stalinismus und seinen Verbrechen.

In seinem Weltbestseller „Das Zeitalter der Extreme“ charakterisierte der namhafte marxistische Historiker Eric Hobsbawm die Oktoberrevolution als ein für das 20. Jahrhundert „ebenso zentrales Ereignis, wie es die Französische Revolution von 1789 für das 19. Jahrhundert gewesen war.“ Die Revolution von 1917 war von Anfang an durch tiefe Widersprüche charakterisiert, die sie in ihrem weiteren Entwicklungsweg immer wieder prägten. Hier sollen nur zwei dieser Widersprüche genannt werden: 1. der zwischen dem Erfolg der Revolution in einem kapitalistisch rückständigen Agrarstaat mit einer zahlenmäßig kleinen industriellen Arbeiterklasse und dem Ausbleiben der nach 1917 sehnsüchtig erwarteten kommunistischen „Weltrevolution“ im kapitalistisch wesentlich weiter entwickelten Westen. 2. der sich daraus ergebende Widerspruch zwischen dem „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ (ab 1924) und der Politik der Kommunisten weltweit, für die die Verteidigung der Sowjetunion stets an oberster Stelle



Plakat anlässlich des IV. Weltkongresses der Komintern zum 5. Jahrestag der Oktoberrevolution von Ivan Vasilyevich Simakov | Fotoarchiv Hoffmann

stand, auch wenn die lokalen Kampfbedingungen in den einzelnen Ländern oftmals andere Prioritäten erforderten.

Manfred Kossok, dem Anfang 1993 im Alter von 62 Jahren leider viel zu früh verstorbenen Leipziger Revolutionshistoriker und Meisterschüler Walter Markov, verdanken wir wesentliche Einsichten über das „kurze 20. Jahrhundert“, die Epoche von 1917 bis zum Zusammenbruch des Realsozialismus 1989ff. Seine nach 1990 dargelegten revolutionstheoretischen Ideen und sein Nachdenken über Alternativen zum Kapitalismus bergen noch unabgeholte Wegweisungen für linkes Denken und Handeln im 21. Jahrhundert. Die von ihm gebrauchten Begriffe der „Doppelrevolution“ – den er schon in den 1980er Jahren für den Revolutionszyklus des 19. Jahrhunderts entwickelt hatte – und der „peripheren Revoluti-

on“ sind bis heute aktuell geblieben, wie einige marxistische Publikationen zum Revolutionsjahr nachdrücklich zeigen. Während im heutigen Russland die Oktoberrevolution eher als unbequeme Erinnerung gilt, sollten wir sie weiterhin als ein welthistorisches Ereignis ansehen, das in seiner Bedeutung für immer im Gedächtnis der Menschheit angemessen bewahrt werden muss. Das schließt ein, sich auch weiterhin kritisch mit ihren Leistungen und Fehlleistungen auseinanderzusetzen. Die bürgerliche Gesellschaft begriff die Oktoberrevolution und den aus ihr hervorgegangenen (realen) Sozialismus jedenfalls als existenzielle Herausforderung, die sie mit dem „Übergang ins globale Zeitalter der Konterrevolution“ (Frank Deppe) beantwortete. Der Jahrhundertsieg des Westens wurde dementsprechend als vermeintliches „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) enthusiastisch ge-

feiert. Der „wackere Maulwurf“ Geschichte war aber keinesfalls verstorben, auch wenn sich die Dialektik von Revolution und Gegenrevolution seitdem grundlegend verändert hat. Nicht mehr der Systemgegensatz von Kapitalismus und Sozialismus, sondern die immanenten Widersprüche des entfesselten Kapitalismus des 21. Jahrhunderts treten erneut ins Zentrum. Eine krisenhafte Übergangsperiode mit einer global extrem ungleichen Entwicklung hat eingesetzt. Möglicherweise stehen wir wieder an einer Epochenschwelle, die man mit Antonio Gramsci als „Interregnum“ bezeichnen kann, in der „das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann“. Trifft das zu, wäre der Rückgriff auf die Oktoberrevolution und das Werk Lenins „ein Erbe, das die Linke weder uneingeschränkt annehmen, noch einfach ablehnen kann, sondern aus dem sie lernen muss.“ (Michael Brie).

Interkulturelle Tage 2017

Vielfalt gemeinsam gestalten

Die Interkulturellen Tage bieten zahlreiche Gelegenheiten für Begegnungen und Austausch. Es ist ein vielseitiges Programm mit über 140 Veranstaltungen entstanden.

Das Programmheft der Interkulturellen Tage liegt ab sofort in deutsch-englischer Version in allen Infostellen und Ortsämtern der Landeshauptstadt Dresden aus.

Online steht Euch das Programm ebenso in den Sprachen Deutsch, Englisch, Arabisch, Russisch und in diesem Jahr erstmalig auch in Persisch zum Download zur Verfügung.

Vielfalt wird auch durch das neue Motiv der Interkulturellen Tage sichtbar: Ein bunter Fingerabdruck. Er unterstreicht das Motto „Vielfalt gemeinsam gestalten.“ und gilt als Sinnbild der Einzigartigkeit eines jeden Menschen. Er ist das Symbol der Vielfalt unserer Gesellschaft und steht als Zeichen der Gemeinsamkeit aller Menschen

Die Veranstaltungen widmen sich in diesem Jahr den folgenden Schwerpunkten: ‚Teil haben – Teil sein‘, ‚Interreligiösen Austausch fördern‘, ‚Menschenrechte und Grundrechte stärken‘, ‚Unterwegs in eine gerechte Welt‘ und ‚Europäische Zukunftsvisionen‘ entwickeln.



Foto: dresdem.de / Matthias Naumann

Rosa Luxemburg Stiftung

Wahl und Revolution



Nach der Bundestagswahl können wir nun endlich auch wieder mit unserem Programm beginnen. Aber noch halten uns die Ergebnisse der Wahl etwas in Atem und so wollen wir diese gemeinsam mit Euch auswerten. Wir fragen am 17. Oktober im Rahmen unserer Reihe „Junge Rosa“ Wahlnachlese: Die Bürgerinnen und Bürger haben gewählt - und nun?. Eingeladen haben wir Horst Kahrs, einen der profiliertesten linken Wahlanalysten. Seine Analysen

sind treffend, seine Folgerungen aus den Ergebnissen scharf und spannend. In dem Ankündigungstext der Veranstaltung heißt es: Bereits im Jahr 2013 fanden sich in der Studie „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann-Stiftung folgende Sätze »Deutschland ist längst auf dem Weg in eine sozial gespaltene Demokratie. Die politische Ungleichheit wächst, die Inklusion bricht. Das demokratische Versprechen der Gleichheit aller bleibt uneingelöst.«. Doch wie sieht

es 2017 nach der Bundestagswahl aus? Wie konnten die Parteien abschneiden und was bedeutet dies für demokratische Entwicklungen in Deutschland?

Eine Woche vorher wollen wir uns noch einmal mit der Russländischen Revolution auseinandersetzen und fragen, was davon geblieben ist. Als Referenten konnten wir Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe gewinnen, einen ausgewiesenen und anerkannten Experten auf diesem Gebiet.

Der „Oktoberumsturz“ erschütterte und veränderte die Welt. Bis heute wird das Ereignis interessenbedingt kontrovers beurteilt, nicht nur im wiederkehrenden kapitalistischen Russland. Die russische Revolution (November 1917-Dezember 1922) brachte nicht nur eine Alternative zur allein vorherrschenden bürgerlich-kapitalistischen Welt hervor. Die sieben Jahrzehnte veränderten die Macht- und Herrschaftsverhältnisse, nicht nur Russlands, sondern weltweit. Ohne den siegreichen „roten Oktober“ keine Befreiung eines Teils der Welt vom menschenfeindlichen Kolonialismus und Faschismus. Insofern ist natürlich die Debatte um die Oktoberrevolution höchst aktuell.

11. Oktober 19:00 Uhr

Vortrag und Diskussion

Die Russländische Revolution 1917/22

- 100 Jahre danach ein umstrittenes Ereignis

Mit Dr. Karl-Heinz Gräfe (Historiker)

WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21,
01099 Dresden

17. Oktober 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion

Wahlnachlese: Die Bürgerinnen und Bürger haben gewählt - und nun?

REIHE: Junge Rosa

Mit Horst Kahrs

WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21,
01099 Dresden

CubaSi informiert

von Ursula Zierz

Die verheerenden Folgen des Super-Hurricanes IRMA auf mehreren Inseln der Karibik sind ein schwerer Schlag für die Betroffenen. Die Bilder und Berichte über die Schäden und Verwüstungen sind schockierend. Der Hurrican hat mit Windgeschwindigkeiten bis zu 260 km/h trotz der aufwändigen Schutzvorkehrungen im Osten und an der gesamten Nordküste Cubas immense Schäden angerichtet, die regionale Infrastruktur, Schulen und Produktionsstätten beschädigt und einige Wohnbezirke zerstört. Das Eindringen des Meeres und über sechs Meter hohe Wellen verursachten schwere Schäden an den Ufern der gesamten Region. Betroffen sind vor allem die zentralen Provinzen Las Tunas, Camagüey, Ciego de Avila, Sancti Spiritus, Villa Clara, Cienfuegos. Die Provinzen Matanzas, Havanna und Artimisa waren über 40 Stunden den Stürmen und Wassermassen ausgesetzt. Entsprechend hoch sind die entstandenen Schäden.

Dass nur wenige Menschenopfer und nicht noch mehr Zerstörungen zu beklagen sind, ist den aufwändigen und kostspieligen Sicherheitsvorkehrungen in Cuba zu verdanken. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage wurden diese in gewohnt professioneller und sorgfältiger Weise vorgenommen. Die UN und internationale Hilfsorganisationen haben die bisherige Qualität der cubanischen Krisenbewältigung wiederholt gelobt und als Vorbild empfohlen. Rechtzeitig sind tausende Menschen in den Evakuationszentren eingetroffen, die der cubanische Staat



Foto: Meow/ Wikipedia

zum Schutz der Bevölkerung einrichtete. Hunderte Transportmittel, Fahrer, Abgeordnete der Wahlkreise, Vorsitzende der Volksräte, Mitglieder der Räte der Zivilverteidigung und anderes Personal unterstützten diese so wichtige Aufgabe, die für den Schutz des menschlichen Lebens entscheidend ist.

Diese aufwändigen Schutzmaßnahmen und die Behebung der Zerstörungen sind mit extrem hohen Kosten verbunden, die Cuba allein nicht zu tragen vermag. Daher werden auch in Cuba dringend Finanzmittel für den Wiederaufbau von Schulen, Ärztezentren, Wohnhäusern, Straßen, Brücken etc. benötigt. Es müssen Baustoffe, Baugeräte, Werkzeug u.v.a.m. beschafft werden!

Aufgrund der Schwere der Zerstörungen und Schäden durch den Hurrican in Cuba rufen wir die Bürgerinnen und Bürger, die Sozialverbände und Kirchen, sowie die Bundesregierung nachdrücklich dazu auf, großzügige Geldspenden zur Hilfe in Cuba zu übermitteln.

Und wir wollen selbst helfen! Spendet bitte auf das Konto des Netzwerkes Cuba e.V.

Stichwort: Spende Hurrican Irma
Empfänger: NETZWERK CUBA e.V.
IBAN: DE58 1001 0010 0032 3331 00
BIC/SWIFT-Code: PBNKDEFF

Saludos solidarios!



Spendenkonto:

DIE LINKE/Cuba SI Dresden

Ostsächsische Sparkasse Dresden

IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074

Verwendungszweck:

„Milch für Kubas Kinder“

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Dresden

Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,

Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,

www.dielinke-dresden.de

E-Mail: Linksblatt@web.de

V.i.S.d.P. Jens Matthis

Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Ma-

nuela Kropp, Dr. Volker Külow, Uwe

Schaarschmidt, Ursula Zierz, Dr.

Margot Gaitzsch, Jens Matthis,

Fotos: Uwe Schaarschmidt, DIE LINKE,

pixelio.de,

Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH,

Cottbus

Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare

Energie - ein soziales Grundrecht!

von Manuela Kropp

Der Zugang und die Versorgung mit Energie, Strom, Wärme, Kühle ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss ein soziales Grundrecht sein! Denn Energie ist kein Luxusgut, sondern ist ein essentieller Bestandteil unseres Lebens. Trotzdem sind mehr und mehr Menschen von Energiearmut betroffen, sowohl in Deutschland als auch in der gesamten EU. D.h. ihnen wird der Strom abgeklemmt oder die Heizung abgestellt oder beides. In der EU insgesamt sind ungefähr 11 Prozent der Menschen von Energiearmut betroffen oder akut davon bedroht (in 2012 waren dies 54 Millionen Bürger*Innen). 16% der Bevölkerung in der EU lebt in feuchten, schlecht isolierten Wohnungen, und 9% sind mit der Zahlung von Rechnungen an die Energieversorger im Rückstand. Obwohl es auf europäischer Ebene keine gemeinsame Definition für Energiearmut gibt, kann man den Begriff doch wie folgt eingrenzen: Energiearmut liegt vor, wenn eine Person nicht in der Lage ist, ihren Wohnraum zu erschwinglichen Kosten angemessen zu beheizen bzw. zu kühlen.

Am 29. Mai 2017 veranstaltete die Europaabgeordnete Dr. Cornelia Ernst gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brüssel einen Workshop zu Energiearmut, auf die unsere Forderungen diskutiert wurden.

Wir brauchen eine einheitliche, europäische Definition von Energiearmut und gemeinsame europäische Indikatoren, um die Entwicklung von Energiearmut in der EU verfolgen zu können. Die Mitgliedstaaten müssen Indikatoren entwickeln, um Daten zu Energiearmut



Foto: DIE LINKE

zu sammeln und zu veröffentlichen. Die Mitgliedstaaten müssen den Kreis schutzbedürftiger Kunden definieren. In der Richtlinie für den Elektrizitätsbinnenmarkt muss der Zugang zu Energie als soziales Grundrecht festgeschrieben werden, weshalb Strom- und Heizungssperren zu verbieten sind.

Für alle Haushalte muss ein kostenfreies Grundkontingent an Elektrizität zur Verfügung gestellt werden. Regulierte Preise und Sozialtarife für Energie müssen erhalten bleiben und dürfen nicht im Zuge der Reform des Binnenmarktes für Elektrizität abgeschafft werden.

Alle Mitgliedstaaten müssen Mieterstrommodelle finanziell fördern und

sicherstellen, dass Mieter ihren eigenen Strom wesentlich kostengünstiger als über den Versorger konsumieren, speichern und überschüssigen Strom ins Netz einspeisen können. Quartierslösungen müssen genauso gefördert werden wie die Mieterstrommodelle für einzelne Gebäude.

Zudem muss es eine unabhängige Beschwerdestelle für Energie geben, um Konflikte zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Versorgern schlichten zu können.

Die Rechnungen des Energieversorgers müssen so gestaltet sein, dass sie leicht verständlich und transparent sind. Es muss unabhängige Ver-

gleichsportale geben, um so einen Vergleich der Energiekosten unterschiedlicher Versorger zu ermöglichen. Versteckte Gebühren beim Versorgerwechsel müssen abgeschafft werden.

Energieeffizienzmaßnahmen an Gebäuden müssen sich vorrangig an jene Haushalte richten, die von Energiearmut betroffen sind. Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden müssen so gestaltet werden, dass Mieterinnen und Mieter keine steigenden Kosten für die Miete befürchten müssen, d.h. energetische Gebäudesanierungen müssen warmmietenneutral erfolgen. Grundsätzlich müssen Energienetze und Energieversorgung weiterhin in kommunaler Hand liegen.

Weltfriedenstag

von Dr. Margot Gaitzsch

Weltfrieden - man darf ja mal träumen dürfen. Weltfrieden - ja, ein schöner Traum: Kein Krieg, alle Menschen auf der Welt haben satt zu essen und ein Dach über dem Kopf, kein Kind ist unterernährt oder verhungert. Weder Kriege noch Dürren und Hungersnöte vertreiben Menschen aus ihrem Zuhause.

72 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es aktuell in der Welt 32 Kriege bzw. bewaffnete Konflikte. Mali, Syrien, Afghanistan und die Ukraine sind vier der wohl bekanntesten Beispiele. Viel zu viele Menschen schauen weg und die deutsche Rüstungsindustrie verdient Milliarden. Menschen sterben oder sind auf der Flucht. Wegschauen wollten die 3 Akteure*innen am 1. September 2017 auf dem Platz am Dr.-Külz-Ring nicht. Gemeinsam mit Attac, der Mahnwache für Frieden Dresden machte die AG Antifa der LINKEN Dresden auf diese unsägliche Situation in der Welt aufmerksam. Als Redner hatten wir uns Sprecher der LAG Frieden und internationale Poli-

tik der LINKEN Sachsen eingeladen. Außerdem sprachen Vertreter*innen der anderen Akteure. Sie alle mahnten die Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland an. Die Rüstungsausgaben steigen stetig weiter an. 2017 sind im Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik 37 Mrd. eingestellt. Dieser Etat soll bis 2021 auf 42,3 Mrd anwachsen. Hinzu kommen Ausgaben für die Ertüchtigung anderer Armeen und die Unterstützung deren Ausstattung. Ab 2014 sind Rüstungsausgaben von jährlich fast 70 Mrd. Euro geplant. Z. B. plant die Bundesregierung den Bau von fünf neuen Korvetten für die Bundesmarine. Die Kosten, bei 1,5 Mrd. Euro pro Schiff, belaufen sich auf sagenhafte 7,5 Mrd. Euro Deutschland beteiligt sich außerdem am Aufmarsch an der russischen Westgrenze. Zum ersten Mal seit 1945 stehen seit dem vergangenen Jahr wieder deutsche Truppen in Osteuropa. Frieden schaffen mit immer mehr Waffen? Konflikte schüren als sie auf politischem Wege zu lösen? Die Bundesrepublik ist immer noch der fünfgrößte Waffenexporteur



Foto: Dr. Margot Gaitzsch

der Welt. Auch auf dem Mittelmeer geht es nicht darum, geflüchteten Menschen zu helfen, sie aus Seenot zu retten und eine legale Einwanderung nach Europa zu gewährleisten, sondern durch die Unterstützung z. B. der libyschen Küstenwacht sollen Menschen überhaupt an der Flucht gehindert werden. Jüngste Ereignisse in Nordkorea und die Reaktion der Trump-Regierung zeigen eine Verschärfung der Situation im Bereich der Atomwaffen. Im Dezember 2016 stimmte die

Bundesrepublik gegen eine Konvention zum Atomwaffenverbot.

Frieden schaffen durch Aufrüstung. Krieg war noch nie ein taugliches Mittel zur nachhaltigen Lösung von Konflikten. Weltfrieden - wir dürfen träumen, aber wir müssen auch handeln. Überall, wo es uns möglich ist. Danke an alle, die am 1. September ihr Gesicht für den Frieden gezeigt haben. Wir werden es weiter tun.